



Österreichischer  
Rechtsanwaltskammertag  
Der Präsident



Die österreichischen  
Rechtsanwälte

An die  
Europäische Kommission  
Generaldirektion Wettbewerb  
Referat G5 – Kartelle V  
Verständigungsverfahren  
1049 Brüssel  
Belgien

Wien, am 12. Dezember 2007

**ZI 21/ 07/241**

**Konsultation der Europäischen Kommission zum Vorschlag für eine Verordnung zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 773/2004, hinsichtlich der Durchführung von Vergleichsverfahren in Kartellfällen sowie dem Entwurf einer Mitteilung über die Durchführung von Vergleichsverfahren bei dem Erlass von Entscheidungen nach Artikel 7 und Artikel 23 der Verordnung 1/2003 des Rates in Kartellfällen**

**Referent: Dr. Claudine Vartian, Rechtsanwältin in Wien**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Österreichische Rechtsanwaltskammertag (ÖRAK) ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts und als solche zur Wahrung der Rechte und Angelegenheiten sowie zur Vertretung der österreichischen Rechtsanwälte auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene berufen.

Der ÖRAK dankt für die Möglichkeit, sich im Rahmen der von der Kommission durchgeführten Konsultation zur Durchführung von Vergleichsverfahren in Kartellfällen einbringen zu können und erlaubt sich dazu wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Der Kommissionsentwurf sieht ein komplexes und mehrstufiges Vergleichsverfahren vor, das durch die starke Verhandlungsposition der Kommission geprägt ist. Es besteht kein Anspruch auf die Durchführung eines Vergleichsverfahrens und der Kommission wird hinsichtlich der Einleitung, Führung und dem Abschluss von Vergleichsgesprächen ein weiter Ermessensspielraum eingeräumt. Während die Parteien zur Abgabe von einseitig bindenden Erklärungen (den Vergleichsausführungen und der Bestätigung der Mitteilung der Beschwerdepunkte) verpflichtet sind, bleibt die

Kommission bis zum Erlass einer formellen Entscheidung ungebunden. Die Behörde kann daher jederzeit in ein normales Ermittlungsverfahren überwechseln. Schließlich wird die Möglichkeit, gegen eine Entscheidung der Kommission ein Rechtsmittel zu erheben, durch das Anerkenntnis der Haftbarkeit stark eingeschränkt.

Nach dem gegenständlichen Entwurf müssen die Parteien nach den Vergleichsverhandlungen ein bindendes Anerkenntnis ihrer Haftbarkeit abgeben und, in einem zweiten Schritt, die Mitteilung der Beschwerdepunkte bestätigen. Beide Erklärungen können von den Parteien nicht widerrufen werden, die Kommission kann jedoch von ihrer Mitteilung der Beschwerdepunkte abgehen. Eine wünschenswerte Vereinfachung des komplexen Verfahrens könnte etwa dadurch erfolgen, indem die Kommission an ihre Mitteilung der Beschwerdepunkte gebunden wird. Dies würde für die Vorhersehbarkeit des Verfahrens für die betroffenen Parteien (die zu diesem Zeitpunkt bereits eine bindende Erklärung angenommen haben) erhöhen und den Anreiz des Vergleichsverfahrens vergrößern. Die Kommission wäre aber immer noch in der Lage, nach Erhalt der Vergleichsausführungen von dem Vergleich abzugehen.

2. Da die Kommission mit den Parteien nicht über Beschwerdepunkte oder Beweise verhandelt, ist der Spielraum für Vergleichsverhandlungen sehr eng. Die Verhandlungen sind im Wesentlichen auf den Höchstbetrag der Geldbuße beschränkt.<sup>1</sup> Das Vergleichsverfahren ist daher vor allem für Unternehmen interessant, die durch die vorliegenden Beweise stark belastet sind. In Fällen, in denen die Beweislage weniger eindeutig ist, besteht für die betroffenen Unternehmen unter den derzeitigen Gegebenheiten ein geringer Anreiz, in Vergleichsverhandlungen einzutreten. Angesichts des weiten Ermessensspielraums der Kommission erscheint diese Einschränkung des Verhandlungsspielraums unbegründet. Da die Kommission jederzeit von dem Vergleichsangebot der Parteien abgehen kann, könnte die Kommission Verhandlungen auch über den Umfang des Rechtsverstoßes durchführen, ohne zu großen Zugeständnissen verpflichtet zu sein. Im Ergebnis könnte dadurch die starke Verhandlungsposition der Kommission besser genutzt und die Bedeutung des Vergleichsverfahrens ausgeweitet werden.
3. Der vorliegende Entwurf sieht die Vorlage von schriftlichen Vergleichsausführungen vor, die ein eindeutiges Anerkenntnis der Haftbarkeit der Parteien enthalten.<sup>2</sup> Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Parteien ein schützenswertes Interesse daran haben, dass die Wirkungen des Verfahrens auf das Kartellverfahren beschränkt bleiben. Es ist daher bei der Gestaltung des Vergleichsverfahrens darauf Bedacht zu nehmen, dass die Parteien durch ihre Teilnahme an Vergleichsverhandlungen keinem erhöhten Risiko des pre-trial discovery oder Zivilklagen ausgesetzt werden. Vor dem Hintergrund, dass die Bedingungen für Schadenersatzklagen durch die Beschleunigung von Kartellverfahren und der zu erwartenden Verringerung von Berufungsverfahren ohnehin stark verbessert werden, würde der Zugang zu Dokumenten aus dem

---

<sup>1</sup> Siehe dazu Entwurf der Mitteilung der Kommission über die Durchführung von Vergleichsverfahren, Rz 20; Rede der Kommissarin für Wettbewerb, Neelie Kroes, vom 19. November 2007.

<sup>2</sup> Siehe dazu Entwurf der Mitteilung der Kommission über die Durchführung von Vergleichsverfahren, Rz 20.

Vergleichsverfahren den Anreiz einer Geldbußenreduktion aufwiegen. Es ist daher notwendig, dass die Vergleichsausführungen iSd Artikel 10a Abs 2 der Verordnung und die Bestätigung der Mitteilung der Beschwerdepunkte iSd Artikel 10a Abs 3 der Verordnung vor dem Zugriff Dritter geschützt werden. Dies könnte erreicht werden, indem die Vergleichsausführungen bzw die Bestätigung der Mitteilung der Beschwerdepunkte – wie im Kronzeugenprogramm – auch in mündlicher Form zugelassen wird.

Um die Vertraulichkeit der im Vergleichsverfahren abgegebenen Erklärungen der Parteien zu gewährleisten, sollten die Entscheidungen zusätzlich in gekürzter Fassung veröffentlicht werden, und nur eine kurze Zusammenfassung und den Grundsachverhalt enthalten. Die Kommissarin für Wettbewerb, Frau Neelie Kroes, hat in ihrer Rede vom 19. November 2007 bereits signalisiert, dass Entscheidungen, die aufgrund eines Anerkenntnisses der Haftbarkeit iSd Artikel 10a Abs 2 der Verordnung ergehen, deutlich kürzer als im normalen Verfahren ausfallen werden. Eine diesbezügliche Klarstellung wäre wünschenswert.

4. Der gegenständliche Entwurf lässt offen, ob die der Kommission vorliegenden Beweise den Parteien nur mündlich oder auch in schriftlicher Form zur Kenntnis gebracht werden. In ihrer Rede vom 19. November 2007 hat die Kommissarin für Wettbewerb, Frau Neelie Kroes, angedeutet, dass den Parteien Zugang zu schriftlichen Dokumenten gewährt wird. Dies wäre zu begrüßen, da betroffene Unternehmen regelmäßig über keine oder nur unzureichende Informationen über die eigene Verwicklung in den Kartellverstoß verfügen. Umfassende unternehmensinterne Untersuchungen können unter Umständen nicht innerhalb des engen zeitlichen Rahmens von Vergleichsverhandlungen abgeschlossen werden. Für die Beurteilung der Sachlage durch die betroffenen Unternehmen ist daher der Zugang zu schriftlichem Beweismaterial unerlässlich. Eine diesbezügliche Klarstellung wäre wünschenswert.
5. Die in Artikel 17 Abs 3 der Verordnung vorgesehene (derzeit zweiwöchige) Frist, innerhalb der die betroffenen Parteien zur Annahme des Vergleichsverfahrens verpflichtet werden, sowie die (derzeit einwöchige) Frist zur Bestätigung der Mitteilung der Beschwerdepunkte sollten hinsichtlich ihrer Angemessenheit überprüft werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die betroffenen Parteien durch die Abgabe der schriftlichen Vergleichsausführungen und die Bestätigung der Mitteilung der Beschwerdepunkte jeweils unwiderruflich binden,<sup>3</sup> während die Kommission bis zum Erlass einer formellen Entscheidung ungebunden bleibt. Vor Abgabe von Vergleichsausführungen sowie der Bestätigung der Beschwerdepunkte sollte daher den betroffenen Parteien ausreichend Zeit für eine genaue Prüfung und Abwägung der Umstände eingeräumt werden. Im Hinblick auf die Zielsetzung des gegenständlichen Entwurfs, das Verfahren zu beschleunigen, hat die Kommission ein berechtigtes Interesse an einer zügigen Abwicklung des Vergleichsverfahrens. Es ist jedoch zu beachten, dass durch den erfolgreichen Abschluss von Vergleichsverfahren eine wesentliche Verfahrensverkürzung bewirkt wird. Zusätzlich werden mit dem

---

<sup>3</sup> Siehe dazu Entwurf der Mitteilung der Kommission über die Durchführung von Vergleichsverfahren, Rz 21-22.

Anerkenntnis der Haftbarkeit die verfügbaren Berufungsgründe deutlich reduziert. Die Vorteile des Vergleichsverfahrens sollten nicht durch unangemessen kurze Fristen gefährdet werden. Dies gilt umso mehr, als eine absichtliche Verzögerung des Verfahrens nicht zu erwarten ist, da die Kommission über einen sehr weiten Ermessensspielraum verfügt und die Parteien kein Recht auf Durchführung eines Vergleichsverfahrens haben.

6. Der gegenständliche Entwurf weist darauf hin, dass die Durchführung von Vergleichsverfahren nicht von der Zustimmung aller Parteien eines Verfahrens abhängig gemacht wird.<sup>4</sup> Dieser Ansatz ist zu begrüßen, da ein Zustimmungserfordernis aller Parteien eines Verfahrens die vergleichswilligen Parteien von den vergleichsunwilligen Parteien abhängig machen würde. Eine dementsprechende Klarstellung in der Verordnung bzw der Mitteilung wäre wünschenswert.
7. Der Erfolg des vorgeschlagenen Vergleichsverfahrens wird letztlich davon abhängen, ob die durch die in Aussicht gestellte Reduktion der Geldbuße geschaffenen Anreize die Nachteile eines Eingeständnisses der Teilnahme an und der Haftbarkeit für einen Kartellverstoß, insbesondere im Hinblick auf mögliche Zivilklagen, überwiegen. Bei der Bestimmung der Geldbußenreduktion ist darauf Bedacht zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Gerhard Benn-Ibler

---

<sup>4</sup> Siehe dazu Entwurf der Mitteilung der Kommission über die Durchführung von Vergleichsverfahren, Rz 6, wonach die Kommission bei allen Parteien eines Verfahrens das Interesse erkundet, sich zu vergleichen.